

DEZEMBER 2010



GRÜNE ZEITEN

ZEITSCHRIFT FÜR GRÜNE POLITIK IN NIEDERSACHSEN

DIE KOMMUNE WIRD



KOMMUNALWAHL 2011



TERMINE

- 22.01.2011 Veranstaltung des Landesverbandes zur Gebietsreform
- 02.02.2011 Redaktionsschluss für die März-Ausgabe der GRÜNE ZEITEN
- 05. 02.2011 LDK mit Vorstandswahlen in Hannover
- 06.02.2011
- 08.03.2011 100. Internationaler Frauentag
- 09.03.2011 Nächste Ausgabe GRÜNE ZEITEN
- 26.04.2011 25. Tschernobyl-Tag

INHALT

- 03 **LANDESVORSTAND**
Kommunalpolitik braucht dich!
- 04 **KOMMUNALWAHL 2011**
Die Kommune wird weiblich!
- 06 **LAG**
Soziales
- 07 **GRÜNE JUGEND**
Jung, grün, RätIn!
- 08 **KREIS- UND ORTSVERBÄNDE**
Cuxhaven und Lüchow-Dannenberg
- 09 **CASTOR 2010**
- 10 **BUNDESTAG**
- 11 **ENERGIE**
- 14 **LANDTAGSFRAKTION**

DER LANDESVORSTAND



Stefanie Henneke **Landesvorsitzende**
stefanie.henneke@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 21



Anja Piel **Landesvorsitzende**
anja.piel@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 11



Jan Haude **Landesschatzmeister**
jan.haude@gruene-niedersachsen.de



Hahle Badrnejad-Hahn **stv. Landesvorsitzende**
hahle.badrnejad-hahn@gruene-niedersachsen.de



Hanso Janßen **stv. Landesvorsitzender**
hanso.janssen@gruene-niedersachsen.de

DIE LANDESGESCHÄFTSTELLE



Gabi Kutsche **Geschäftsführung**
geschaeftsfuehrung@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 22



Jens Williges **Finanzen**
finanzen@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 66



Katja Sauer **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**
presse@gruene-niedersachsen.de
Tel.: 0511 - 12 60 85 - 44



Helmut Delle **Kommunalreferat**
kommunales@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 88



Christine Spannagel **Kampagnenreferat**
kampagne@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 33



Renate Westphale **Organisation und Frauenreferat**
landesverband@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 24



Martin Köne **Organisation**
landesverband@gruene-niedersachsen.de
Tel.: 0511 - 12 60 85 - 23



Christian Gailus **GRÜNE JUGEND Niedersachsen**
gjn@gruene-niedersachsen.de
Tel: 0511 - 12 60 85 - 77

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 4 · 30159 Hannover
Tel: 0511-12 60 85-0 · Fax: 0511-12 60 85-85
www.gruene-niedersachsen.de
landesverband@gruene-niedersachsen.de

KOMMUNALPOLITIK BRAUCHT DICH!

Jan Haude, Landesschatzmeister



■ Am 11. September 2011 stehen in Niedersachsen die Kommunalwahlen an. Noch lange hin? Ganz im Gegenteil: Es geht schon richtig los.

Umfragerekorde von bis zu 25% für GRÜN lassen einen schon mal ins Träumen kommen, aber bereits im kommenden Jahr kann es damit ziemlich ernst werden. Nämlich dann, wenn uns bei der Kommunalwahl im Herbst 2011 wirklich satte Zuwächse beschieden sind und wir vor der Herausforderung stehen, die vielen neuen Mandate in den Räten und Kreistagen auch zu besetzen. 2006 haben wir gemeinsam das Durchbrechen der 1000er-Marke gefeiert. Es ist gut möglich, dass wir uns im kommenden Jahr an ganz anderen Zahlen orientieren können. Positiv formuliert bedeutet dies: Wir haben noch nie so vielen Menschen eine Chance geboten, kommunalpolitisch aktiv zu werden.

In den kommenden Wochen und Monaten wird es daher unsere Aufgabe sein, möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten für unsere Listen zu finden. Wie immer ist dabei unser Ziel, dass die

Hälfte unserer KandidatInnen weiblich ist, und dass wir auch sonst einen guten Mix aus Jungen und Alten, aus erfahrenen und neuen KommunalpolitikerInnen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund haben. Dabei bieten wir auch Menschen ohne Parteibuch die Chance, grüne Politik zu machen. Wichtig ist, dass sie sich für grüne Ziele einbringen möchten.

Kommunalpolitik bedeutet, sein direktes Lebensumfeld mitzugestalten. Veränderung beginnt vor der eigenen Haustür. Und es macht Spaß, mit Gleichgesinnten aktiv zu sein. Dies sind die Botschaften, die wir in der kommenden Zeit zu vermitteln haben. Der Landesverband hat dazu die Mobilisierungskampagne „Kommunalpolitik braucht dich!“ ins Leben gerufen. Zu dieser gehört ein Info-Folder, den alle Kreisverbände kostenlos in der Landesgeschäftsstelle bestellen können. Dieser bietet sich für die Standardarbeit an, aber auch für das persönliche Gespräch mit Interessierten. Darüber hinaus hat der Landesverband eine

Kampagnenhomepage erstellt: www.gruenekommune2011.de. All diese Elemente sollen aufzeigen, was mensch vor Ort bewegen kann und weshalb die Grünen dafür die ideale Plattform sind.

Sicherlich liegt die „Hauptlast“ der Gewinnung neuer Kandidatinnen und Kandidaten bei euch Aktiven vor Ort. Denn nur ihr könnt den persönlichen Kontakt zu Interessierten vor Ort herstellen. Und ihr habt den Überblick, was in eurer Gemeinde oder Kommune aktuell politisch ansteht. Aber diese Arbeit lohnt sich! Wir sind eine Partei mit einer verhältnismäßig dünnen Aktivendecke, aber das grüne Umfragehoch und die aktuelle Virulenz grüner Kernthemen wie Atomkraft bieten für uns DIE Chance zu wachsen. Mit der Kommunalwahl vor der Tür können wir Neumitgliedern gleich eine konkrete Aufgabe anbieten. Lasst uns gemeinsam versuchen, die „grüne Welle“ für GRÜN in Niedersachsen zu nutzen, mehr Mitglieder zu gewinnen und die Räte und Kreistage noch grüner zu machen.



DIE KOMMUNE WIRD WEIBLICH!

Ratspolitik ist nur was für alte Männer? Stimmt nicht! Warum, das verraten uns im Folgenden Frauen, die sich bereits seit Jahren für die Grünen in den Kommunalparlamenten engagieren.



Kommunalpolitik ist für mich spannend und lohnend, weil ich Entscheidungen in meinem direkten Lebensumfeld beeinflussen kann, jede Menge neue Leute kennenlerne (auch die von den anderen Parteien sind ja nicht grundsätzlich doof), viele Infos habe, bevor sie in der Zeitung stehen und davon keineswegs dümmer werde. **Elke Kentner, Mitglied der Grünen-Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig**



Ich möchte in meiner Stadt und in meinem Landkreis „Grüne Akzente“ setzen. Durch gute Diskussionen können wir unsere Ziele sehr gut vertreten und andere zum Nachdenken anregen. Mit ein bisschen Geduld werden unsere Ideen oft auch in die Tat umgesetzt, wenn auch häufig auf Umwegen. Mitmachen lohnt sich also, und je mehr wir werden, um so „Grüner“ werden die Städte, Gemeinden und die Landkreise. **Nicole Wockenfuß, Fraktionsvorsitzende der Grünen und 2. stellvertretende Bürgermeisterin in Gifhorn**



Unrecht hat mich immer empört, erst recht das Unrecht an Frauen. Das ist ein wichtiges Motiv für meine (kommunal-)politische Tätigkeit. Vor Ort stehe ich in engem Kontakt mit den BürgerInnen und gebe zusammen mit meiner Fraktion Denkanstöße. Im Sinne von „global denken, lokal handeln“ helfe, gestalte, aktiviere und verändere ich. Und: persönlich qualifiziere ich mich und profitiere von den Erfahrungen in der Kommunalpolitik. **Ruth Wenzel, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt Ronnenberg**



Ich mache Kommunalpolitik weil das DEMOKRATIE ist: Denken, Emotion, Miteinander, Orientierung, Kraft, Realität, Aufgabe, Teilhabe, Initiative, Erfolg. Demokratie lebt hier. Ich auch! **Doris Meyermann, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag Peine und stv. Landrätin**



Mit meinen Wurzeln in der Sozialarbeit und Stadtkulturrat kann ich mir nichts Besseres als

die Kommunalpolitik vorstellen. Für mich sind die Entwicklung und die Gestaltung des Gemeinwesens der Nabel der Welt – der Ort und die Art und Weise, wie Menschen aufwachsen, miteinander leben und sich tagtäglich begegnen. Hier ganz direkt politisch zu arbeiten, konkrete Ideen zu entwickeln und sie kommunalpolitisch umzusetzen, in direktem Kontakt zu den Beteiligten zu stehen und zu erleben, wie Politik Lebensräume und Lebenssituationen verbessern kann: Das lohnt sich für die Stadt, in der ich lebe. Für mich ist es eine Ehre, in Hannover politische Verantwortung zu tragen. **Ingrid Wagemann, Grüne Ratsfrau in der Landeshauptstadt Hannover**



Auch nach 25 Jahren macht mir die Kommunalpolitik immer noch viel Spaß. Ich kann aktiv an dem Geschehen in meiner Stadt mitwirken und Themen durch Anfragen und Anträge in den Rat einbringen und zur Diskussion stellen. Für deren Umsetzung muss ich mir Mehrheiten suchen und andere mit ins Boot nehmen. Das Spannende ist, dass





bei jedem Projekt alles anders ist. Gerade diese Vielseitigkeit macht mir auch heute noch immer Spaß und Freude, und wenn ich wieder gewählt werde, mache ich mit Elan auch in der nächsten Wahlperiode weiter... Martina März, Ratsfrau und Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt Garbsen

sitzende zu sein macht nicht nur Spaß, sondern auch stark. Von der hiesigen Politik fordere ich transparent, ehrlich und bürgernah zu sein, das ist für mich aber auch für meine RatskollegInnen immer wieder eine Herausforderung. Marlis Düßmann, Ratsfrau der Grünen in Delmenhorst

lerne engagierte und interessante Menschen kennen. Ratsarbeit kann viel Freude und Zufriedenheit bringen, durch vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion und gute Vernetzung mit „Grüns“. Rita Schilling, Grüne Ratsfrau in Oldenburg



Langweilige Kommunalpolitik? Nicht, wenn wir viele sind und DU dabei bist! Endlose Sitzungen? Frauen brauchen keine Showkämpfe und „sitzen“ effektiver! Wir erreichen eh nix? Es gar nicht erst zu versuchen, ist keine Alternative! Herzlich willkommen bei Grüns! Elke Mundhenk, Mitglied der Kreistagsfraktion der Grünen in Lüchow-Dannenberg und stellv. Landrätin



Ich wollte nicht nur darüber diskutieren, wie Ratsarbeit besser gestaltet werden kann, sondern sie auch selbst gestalten. Meine Ziele sind unter anderem Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung und bei der Transparenz der städtischen Finanzen. Mit guten Argumenten können wir in den Ratsausschüssen die anderen Fraktionen überzeugen und so mehrheitliche Beschlüsse in unserem Sinne fassen. Mir macht es Spaß, Ansprechpartnerin für BürgerInnen und Institutionen zu sein und mich für deren Belange einzusetzen. Mein Horizont erweitert sich durch die Vielfalt der kommunalpolitischen Themen. Außerdem hat die Gremienarbeit meine Kommunikationskompetenz gestärkt, und ich



Ich mache jetzt seit 24 Jahren aktiv Grüne Politik und ja, es macht mir immer noch Spaß. Wenn wieder einmal alle über mich herfallen, weil ich den BürgerInnen über die Presse so ein „schiefes Bild“ von unserer Gemeinde vermittelt habe, dann bin ich sehr zufrieden: Dann ist es mir gelungen Missstände aufzudecken! Ich sehe eine meiner Hauptaufgaben darin, den örtlichen Amigo-Sumpf trocken zu legen, um Politik für die BürgerInnen im Dorf zu machen und nicht nur die Interessen einiger weniger durchzusetzen. Und es macht nicht nur Spaß für die richtige Sache zu kämpfen, es ist auch ein gutes Gefühl, eine Kumpanei mal wieder verhindert zu haben. Ruth Alpers, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag Harburg



Seit 25 Jahren bin ich Mitglied bei den Grünen und seit 4 Jahren mache ich Kommunalpolitik. Nach wie vor ist es mir ein Bedürfnis, Delmenhorst „grüner“ zu machen und mich für mehr Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Ratsfrau und Fraktionsvor-





Christine Spannagel

KAMPAGNENREFERAT

EIN NEUES GESICHT IN DER LANDESGESCHÄFTSSTELLE

■ Ich heiße Christine Spannagel und bin seit Mitte Oktober als Kampagnenreferentin in der Landesgeschäftsstelle in Hannover tätig.

Ziel dieses neu eingerichteten Referates ist es, euch in den Kreis- und Ortsverbänden bei der Umsetzung von thematischen Kampagnen des Landesverbandes zu unterstützen. Meine Hauptaufgabe ist es daher, Veranstaltungen, Touren und Schulungen zu konzipieren, bei der Öffentlichkeitsarbeit mitzuwirken, Ansprechpartnerin und Ideengeberin zu sein und gemeinsam mit euch Aktionen und Veranstaltungen zu planen – euch also mit Rat und Tat zur Seite zu stehen! Über Ideen,

Anregungen und Feedback von eurer Seite freue ich mich aber natürlich auch immer. Zu erreichen bin ich per Mail über kampagne@gruene-niedersachsen.de oder in der Landesgeschäftsstelle montags, donnerstags und freitags zu den jeweiligen Bürozeiten; meine Telefonnummer ist 0511 - 12 60 85 - 33.

Anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin Ende Januar bin ich aktuell dabei, die Aktionsreihe „Grüne Woche in Niedersachsen“ vorzubereiten. Weitere Projekte sind erste Ideen für den Weltfrauentag am 8. März und den Tschernobyl-Tag am 26. April.

Und damit ihr auch wisst, mit

wem ihr es zu tun habt, hier noch ein paar Infos zu mir: Nach Stationen in der Bundesgeschäftsstelle der Grünen in Berlin und bei der Deutschen Umwelthilfe im Bereich Kommunalen Umweltschutz hat mich schließlich meine Arbeit für das Kampagnen-Netzwerk Campact vor bald zwei Jahren nach Niedersachsen geführt. Bei den Grünen bin ich hingegen schon seit meinem Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaft, das ich in Konstanz am Bodensee absolviert habe. Dort war ich mehrere Jahre bei der Grünen Hochschulgruppe und als Kreisvorstand im Kreisverband aktiv. Ich weiß daher sehr genau, was es bedeutet, in einem Flächenland grüne Politik zu machen. Ich freue mich sehr, hier zu sein, mit euch zu arbeiten und mich mit meinen Erfahrungen bei der Kampagnenarbeit für Grüns einzubringen.



Jörg Schimke

LAG SOZIALES

DER SOZIALPOLITISCHE HANDWERKSKASTEN ZUR KOMMUNALWAHL 2011

■ Die Kommunen sind der Ort, an dem Sozialpolitik konkret umgesetzt und erlebbar wird. Zugleich treten hier aber auch die Folgen der massiven Kürzungen am deutlichsten zu Tage. Welche – realistischen – sozialpolitischen Forderungen können wir vor diesem Hintergrund für 2011 in unsere Programme zur Kommunalwahl aufnehmen? Die LAG Soziales hat hierzu ein Papier erstellt, das den gesellschaftlichen Zerfall in den Blick nimmt und dieser Erosion mit kreativer Hilfe zur Selbsthilfe begegnen will. Dieser „sozialpolitische Handwerkskasten zur Kommunalwahl 2011“ möchte ein Denkanstoß sein, aus der Fülle der Grünen Positionen und Ideen die mit der größten Hebelwirkung zu wählen – passgenau für die



foto: flickr.com, cauleurs gm

konkreten regionalen Verhältnisse vor Ort.

Den „sozialpolitischen Handwerkskasten“ könnt ihr im mitgliederinternen Internetforum „Wurzelwerk“ in der Rubrik

„Kommunalwahl 2011“ unter „Dokumente“ herunterladen: www.wurzelwerk.gruene.de.

Ansprechperson:
Jörg Schimke Sprecher der LAG Soziales,
lag-soziales@gruene-niedersachsen.de

JUNG, GRÜN, RÄTIN!



■ Global denken, lokal handeln, dieser oft zitierte Spruch gilt grundlegend für die Arbeit der **GRÜNEN JUGEND** in den Kommunen.

Kommunalpolitik leistet tagtäglich wichtige Arbeit, besonders für junge Menschen. Daher ist es nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch unsere Pflicht, sie in grüne kommunale Arbeit einzubinden. Einen Schwerpunkt der **GRÜNEN JUGEND** Niedersachsen (GJN) sehen wir darin, politische Aufklärungsarbeit zu leisten. Denn sehr häufig wird über die großen Probleme der Welt diskutiert, ohne deren Lösungsstrategien mitzudenken. Diesem Gefälle wollen wir als GJN entgegen arbeiten, denn nicht nur das Wissen über den Klimawandel ist wichtig, sondern auch die Mittel und Wege ihn aufzuhalten. Am schnellsten und einfachsten ist das auf der kommunalen Ebene möglich. Wir möchten besonders jungen Leuten diese Art des Engagements nahe bringen. Kommunalpolitik ist eine mit sehr viel Herzblut

betriebene Arbeit, die gerade für Jugendliche interessant sein sollte, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass in dieser Hinsicht gute Vernetzung, Austausch und Zusammenarbeit zwischen der **GRÜNEN JUGEND** und den Grünen stattfinden, um die sich beide Seiten bemühen müssen.

LEBENSREALITÄT BEACHTEN

Die Lebensbedingungen für junge Menschen haben sich in den letzten Jahren drastisch geändert. Die klassische Erwerbsbiografie mit Schule, Ausbildung und Arbeit löst sich stetig auf. Dies gilt insbesondere für das immer noch vornehmlich akademisch geprägte **GRÜNE-JUGEND-Milieu**. Jugendliche verlagern ihren Lebensschwerpunkt häufiger als Erwachsene. Deshalb sollten sie kommunale Mandate auch für nur ein oder zwei Jahre wahrnehmen können. Bei der Berücksichtigung von kommunalen Ämtern sollte daher darauf geachtet werden,

dass motivierte NachrückerInnen zur Verfügung stehen.

Die GJN bemüht sich, Grundlagen für junges kommunalpolitisches Engagement zu schaffen. Im letzten halben Jahr haben wir uns intensiv mit dem Thema Politik im ländlichen Raum, und in diesem Rahmen auch mit kommunalpolitischen Themen wie beispielsweise Verkehrspolitik, beschäftigt. Auf unserer Landesmitgliederversammlung in Stade gab es rege Debatten über junges Mitbestimmungsrecht am Beispiel der „Jugendräte“.

Wenn junges Engagement in die Kommunalpolitik eingebunden wird, stehen sehr viele neue Perspektiven zur Verfügung, die die Arbeit bereichern. Sei es manchmal auch projektbezogen und von begrenzter Dauer, eine nachhaltige (Kommunal-)Politik kann auch auf junge Stimmen nicht verzichten!

DIE GJN www.gj-nds.de



ELBVERTIEFUNG EINE REGION WEHRT SICH



Sabine van
Gemmeren
Sprecherin
KV Cuxhaven

Der Widerstand gegen die von Hamburg beantragte Elbvertiefung ist unverändert stark. Noch immer befindet sich die Elbvertiefung in der Planfeststellung. Seit der ersten Planauslegung im Frühjahr 2007 hat ein parteiübergreifendes Bündnis aus BürgerInnen, Umweltverbänden und den betroffenen Kommunen an der Niederelbe mit seinen Einwendungen die Umsetzung des Projektes bisher verhindern können. Ein Motor waren schon frühzeitig die Cuxhavener Grünen.

Seit der Elbvertiefung 1999 gefährden schwere Schäden an Ufer und Deichvorland den Hochwasserschutz. Die Häfen sind verschlickt, und die Unterhaltungsbaggerungen belaufen sich auf rund 80 Mio. Euro jährlich. Mindestens 380 Mio. Euro soll die erneute Vertiefung der Bundeswasserstraße kosten. Ein tatsächlicher Bedarf ist nicht erkennbar, da die zurzeit größten Containerschiffe den Hamburger Hafen bereits überwiegend tideunabhängig anlaufen.



In vielen Gesprächen haben grüne Landes- und BundespolitikerInnen gemeinsam mit den Cuxhavener Grünen immer wieder eine Arbeitsteilung in der Metropolregion Hamburg mit Cuxhaven, Brunsbüttel und dem zukünftigen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven gefordert. Ein nationales Hafenkonzept, das Fluss, Schiene und Straße berücksichtigt, könnte jede weitere Flussvertiefung, sei es Elbe, Weser oder Ems,

überflüssig machen. Eine solche Kooperation ist jedoch nicht absehbar. Die Hamburger Grünen mussten im Koalitionsvertrag die Elbvertiefung hinnehmen, und die Hafenvirtschaft macht weiterhin

Druck. Der Region bleibt nur die Hoffnung auf ein Einlenken der Projektverantwortlichen oder die Klage – wie die Jamaika-Koalition der Stadt Cuxhaven es sich vorbehält.

IMMER IN BEWEGUNG KV Lüchow - Dannenberg

CASTORWOCHELENDE MIT STARKER GRÜNER BETEILIGUNG

Ob es unsere Landesvorsitzenden Anja Piel und Steffi Henneke waren, der Bundesvorstand mit Claudia Roth, Steffi Lemke und Cem Özdemir, Europa- und Bundestagsabgeordnete wie Rebecca Harms und Jürgen Trittin sowie zahlreiche Landtagsabgeordnete: Grüne aller Ebenen und die GRÜNE JUGEND haben am ersten Novemberwochenende den Widerstand im Wendland unterstützt.

Ein bunter Protest mit Kunst, Theater, Musik, Performance, Action und Kulinarischem; die Demo mit Zehntausenden Menschen und vielen grünen Luftballons. Großartig haben die Aktionsgruppen *X-tausendmal quer* und *Widersetzen* die friedlichen Sitzblockaden in Harlingen an der Schiene und in Gorleben vor dem Zwischenlager mit jeweils bis zu 5.000 Menschen organisiert. Die Greenpeace-Aktion mit dem Getränkelaster und die Bauernblockade mit der Pyramide waren beeindruckend. Die Blockadekultur mit Bezugsgruppen- und Nachbarschaftsgruppentreffen, Bezugsgruppennamen und basisdemokratischen Entscheidungsprozessen war bis ins Kleinste ausgefeilt.

Demonstrantinnen und Demonstranten kamen immer da hin, wo sie auch hin wollten. Jede und jeder hat einen Platz in diesem Widerstand gefunden, ob sie oder er es ruhig mochte oder mit mehr Action, für alle war etwas dabei. Der Song von Madsen „Du schreibst Geschichte“ zog sich wie ein roter Faden durch die Aktionen und wurde überall immer wieder gespielt.

Nach wie vor lohnt es sich, für grüne Forderungen auch immer wieder auf der Straße in Bewegung zu bleiben: Forderungen nach der Aufhebung der Laufzeitverlängerung, einer stärkeren Förderung Erneuerbarer Energien und nach einer alternativen Endlager-Standortsuche - aber ohne Gorleben als möglichen zu vergleichenden Standort. Wer kann sich schon vorstellen, Atommüll auf einem Gasvorkommen zu lagern?

Stopp Castor - Atomkraft nein danke - Gorleben ist überall!



Martina Lammers,
Sprecherin KV Lüchow-
Dannenberg



CASTOR 2010

Mit über 120 grünen Bussen, 45 davon allein aus Niedersachsen, kamen die Menschen zur Auftaktdemo gegen den Castor-Transport am 6. November ins Wendland. Über 90 Stunden, so lange wie nie, brauchte der Castor-Transport, bis er im Zwischenlager angekommen war. Unser Dank gilt allen, die dieses Wochenende zu solch einem Erfolg gemacht haben!

ENERGIEPOLITISCHE KONTERREVOLUTION

Jürgen Trittin

■ Wir haben den drittältesten Atomkraftwerkspark der Welt. Mit Biblis A betreiben wir das älteste Kraftwerk. Die Sicherheit dieser alten Möhren will die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise den Atomlobbyisten überantworten.

Der Laufzeitverlängerung werden alle anderen energiepolitischen Fragen untergeordnet. So wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien dramatisch ausgebremst werden. Für das Jahr 2012 verzeichnet die größte Messe der Windindustrie in Husum ein Auftragsminus von 70 Prozent.

Die Bundesregierung wollte die 100 Mrd. € Sondergewinne für RWE, E.on und Co abschöpfen. Sie hat den Betrag aber auf maximal 17,7 Mrd. € bis zum Ende der Laufzeiten begrenzt. Dieser Abschöpfung stehen Investitionen alleine im Jahre 2009 in Erneuerbare Energien in Höhe von 17,8 Mrd. € gegenüber. Das heißt, die Branche investiert in einem Jahr mehr, als die Bundesregierung in 30 Jahren einsammeln will.

Ob das Geld überhaupt zusam-

menkommt ist unklar, denn die Betreiber dürfen alle Nachrüstungen, die mehr als 500 Mio. € kosten, mit ihren Zahlungen an den Sonderfonds verrechnen. Hier wird die Sicherheit gegen Geld verdeal.

Röttgen behauptet bei jeder Gelegenheit, die Bundesregierung würde mehr für die Sicherheit tun als Rot-Grün. Das Gegenteil ist aber der Fall. Denn bisher gilt, so war es auch im Atomausstieg geregelt, dass die „bestmögliche Gefahrenabwehr und Risikovor-sorge“ zu gelten haben. Künftig sollen aber nach der ATG-Novelle nur noch „angemessene und geeignete Maßnahmen“ ergriffen werden, das heißt, die Standards werden abgesenkt und nicht erhöht. Dies verstößt gegen die Verfassung – nachzulesen im Kalkar-Urteil.

In der Endlagerfrage setzt die Bundesregierung eine unselige Tradition fort. In Morsleben hat Frau Merkel westdeutschen Müll einlagern lassen, in der Asse hat sie eine sichere Lagerung verhindert. Nun ist Gorleben das drit-

te Atommülllager, das ohne ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren errichtet wird. Und der Schacht, der in Gorleben gebaut wird, entspricht nicht einmal dem Rahmenbetriebsplan. Gorleben ist für uns daher ein Schwarzbau.

Der Weiterbau in Gorleben ist unnötig, denn all das, was erkundet werden müsste, zum Beispiel die Beherrschbarkeit von Gasbildung in dichten Salzgesteinen und die unterschiedlichen Vor- und Nachteile von Opalinuston, Granit und Salz, kann in Gorleben nicht geklärt werden.

Dazu ist ein Standortauswahlverfahren notwendig, wie die Schweiz dies vormacht. Seit 2005 liegt der Entwurf des Standortauswahlgesetzes im Bundesumweltministerium vor. Und CDU/CSU und FDP blockieren es, weil sie fürchten, sie könnten Ärger in ihren Wahlkreisen haben. Dadurch wird die vernünftige Lösung des Atommüllproblems seit Jahren verhindert.

Jürgen Trittin
Fraktionsvorsitzender
der Grünen im
Deutschen Bundestag



ENKELTAUGLICHES ENERGIESZENARIO FÜR NIEDERSACHSEN!

Stefan Wenzel



Seit etwa einem Jahr passen niedersächsische Grüne unter Federführung der LAG Energie das Energieszenario für Niedersachsen aus dem Jahr 2007 den technischen und politischen Weiterentwicklungen an. Was sich dahinter verbirgt, erläutert uns Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Niedersächsischen Landtag.

Was hat euch veranlasst, das Energieszenario aus dem Jahr 2007 weiterzuentwickeln?

Stefan: Der Impuls hierzu kam aus der LAG Energie, namentlich von Hans-Heinrich Schmidt-Kaneff. Er hat eine Simulationssoftware entwickelt, mit deren Hilfe die grundsätzliche Machbarkeit einer vollständig regenerativen Energieversorgung von Regionen simuliert und veranschaulicht werden kann. Dieses Vorgehen setzen wir nun auch auf der Landesebene um.

Mit Hilfe unseres Energieszenarios wollen wir möglichst konkret beschreiben, wie das Land Niedersachsen künftig zu 100% mit Erneuerbaren Energien in vorwiegend dezentralen Strukturen versorgt werden kann. Sprich: Wir wollen damit eine denkbare Entwicklung aufzeigen, alternative Handlungsschritte diskutierbar machen und staatliche sowie private Akteure zu konsequenten Handlungsschritten ermutigen.

Worin unterscheidet sich das neue Herangehen?

Stefan: Das Szenario geht von einer bilanziellen Selbstversorgung in Niedersachsen aus, sieht aber den Austausch von Energie mit anderen Regionen vor, um zeitliche Engpässe zu überwinden und die Lastsicherheit beim Stromnetz jederzeit gewährleisten zu können. Im Gegensatz zum ersten niedersächsischen Energieszena-

rio aus dem Jahr 2007 wählt es einen neuen flächenbezogenen Ansatz. Das 100%-Ziel beinhaltet mit der vollständigen Vermeidung energiebedingter CO₂-Emissionen eine größtmögliche Klimaentlastung.

Was sind die Kernpunkte des Energieszenarios für Niedersachsen?

Stefan: Das Szenario verdeutlicht, dass das 100%-Ziel nicht ohne Halbierung des heutigen Gesamtenergieverbrauchs zu erreichen ist. Die erforderlichen Einsparungen erscheinen zunächst als große Herausforderung, sind aber in vielen Fällen schon heute eine Selbstverständlichkeit, wenn die neueste verfügbare Technologie eingesetzt wird. Weitgehend lassen sich die Einsparungen durch mehr Effizienz erreichen. Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage nach der „Suffizienz“. Wann haben wir genug, um glücklich zu sein? Wie viel Energie braucht ein Mensch künftig für Wohnen, Arbeit, Produktion, Kultur, Freizeitgestaltung und Mobilität? Was ist verzichtbar? Was lässt sich effizienter gestalten? Wo ist weniger mehr?

Mit Hilfe der Software kann das Szenario auf einzelne Landkreise, Städte und Gemeinden heruntergebrochen werden. Im Ergebnis lassen sich die Handlungsschritte für kommunale Klimaschutzprojekte sehr einfach mit un-

terschiedlichen Schwerpunkten simulieren. Das ist derzeit besonders wichtig, da viele Kommunen in den nächsten Jahren mit dem Abschluss neuer Konzessionsverträge die Weichen für die Energieversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger stellen werden. Besonders lokale AkteurInnen und KommunalpolitikerInnen wollen wir zur Umsetzung der Szenarioelemente ermutigen. Wir warten nicht allein auf die große globale Lösung. Wir setzen darauf, dass umweltbewusste Menschen überall dort aktiv werden, wo Veränderung schon heute möglich, sinnvoll und machbar ist.

Das Projekt orientiert sich am Jahr 2050. Eine Realisierung wäre aber auch schneller machbar, wenn alle AkteurInnen mitziehen und Atomkraftwerke möglichst rasch abgeschaltet werden würden.

Wie sieht eure weitere Arbeitsweise aus, und wann werdet ihr das Energieszenario der Öffentlichkeit vorstellen?

Stefan: Im Zuge unserer bisherigen Arbeit haben wir durch die Einbindung mehrerer LAGen die Fragestellungen aus anderen Politikfeldern, beispielsweise der Wirtschaft, bereits mit aufgegriffen. Spätestens Anfang 2011 wollen wir das Szenario öffentlich vorstellen, um einen kräftigen Impuls für den Umbau der Energieversorgung in Niedersachsen zu setzen.

Die Energie-Revolution wird Paradigma der Entwicklung von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Dort, wo in absehbarer Zeit die Konzessionsverträge für die Strom- und Gasversorgung auslaufen, stellt sich die Frage der Rekommunalisierung der Energieversorgung oder zumindest nach kommunenfreundlicheren Konzessionsverträgen.

KEINE KONZESSIONEN AN DIE GROSSEN!

Helmut Delle



■ Bislang war es gängige Praxis, die Wegerechte für Strom- und Gasleitungen auf Grundlage eines Standardvertrages an einen der vier großen Energiekonzerne zu vergeben. Mittlerweile jedoch suchen die Kommunen nach Möglichkeiten, größeren politischen Einfluss auf die Energieversorgung vor Ort zu nehmen und zugleich wirtschaftliche Vorteile zu erreichen. Anstoß dazu haben in vielen Fällen die VertreterInnen der Grünen in den Räten und Kreistagen gegeben.

Inzwischen beraten sogar die kommunalen Spitzen- und Interessensverbände ihre Mitglieder in dieser komplexen Materie. Vielerorts laufen die Beratungen auf Hochtouren, und erste Ergebnisse motivieren die noch Zögerlichen zu mehr Kreativität: In der Stadt Cloppenburg sowie in einigen Kommunen der Landkreise Vechta und Ammerland gibt es schon Ratsbeschlüsse, die den Weg zu einer Rekommunalisierung der Versorgungsnetze in Beteiligungsmodellen mit Versorgungsunternehmen ebnen. Im Landkreis Leer und in der Wesermarsch wird die Machbarkeit solcher Modelle untersucht, und die friesische Gemeinde Wangerland hat mit der „Friesenenergie“ bereits ein eigenes Ökostrom-Versorgungsunternehmen erfolgreich gegründet. In Oldenburg gibt es erste Signale aus dem Rat, wonach der noch bis 2013 laufende Vertrag mit der EWE nicht einfach fortgeschrieben werden soll. Im Landkreis Celle wurde eine gebietsübergreifende Vereinbarung der Gemeinden für eine gemeinsame Drittbeauftragung beschlossen, im Landkreis Diepholz haben mehrere Gemeinden eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet,

die die Versorgungsnetze selbst übernehmen oder aber die Übertragung an neue Betreiber steuern wird. Die Stadt Gifhorn hat sich nach externer Beratung sogar für eine Netzübernahme entschieden.

Die latente Unzufriedenheit mit dem aktuellen Verhalten der häufig sogar kommunal dominierten Regionalversorger ist ein Motiv hierfür. Daneben setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass mit dem Pfand der Wegerechte für die finanziellen wie auch die ökologischen Interessen der Kommunen deutlich mehr zu bekommen ist als in den bisher gültigen Verträgen festgeschrieben. Und immer häufiger ist der alternative grüne Muster-Konzessionsvertrag Grundlage für die Vorbereitungen auf die Neuausschreibungen und Vertragsverhandlungen. Dort, wo Neugründung beziehungsweise Reaktivierung von Stadtwerken als Mittel der Wahl gesehen werden, wird begrüßt, dass mit der neuen Kommunalverfassung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen auf diesem Feld keine weiteren Erschwernisse in den Weg gestellt werden. Es gibt also keinen Grund seitens der Gemeinden und Kreise, den vier großen Energiemonopolisten irgendwelche Konzessionen zu machen.

Weitere Informationen zum grünen Konzessionsvertrag findet ihr auf den niedersächsischen Seiten im mitgliederinternen Internetforum „Wurzelwerk“ in der Rubrik „Kommunales“ auf den Schwerpunktseiten „Kommunale Energieversorgung“:

www.wurzelwerk.gruene.de

Helmut Delle, Kommunalreferent

VERSORGUNGSNETZE IN EUROPA

Im Gespräch mit Rebecca Harms, Co-Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament



Die Grünen fordern für die nahe Zukunft 100 % Erneuerbare Energien (EE), wie soll das gelingen? Welche Maßnahmen sind dafür notwendig?

Rebecca: Als erstes muss man sich klar zu einem Systemwandel bekennen. Die „Sowohl-als-auch“-Strategie der Regierung, in der Erneuerbare einfach zum alten Energiemix dazugerechnet werden, behindert den weiteren Ausbau der Erneuerbaren. Die verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke werden zum Hemmschuh auf dem Weg in eine nachhaltige Energiezukunft. Unflexible Großkraftwerke passen mit einem wachsenden Anteil Erneuerbarer nicht zusammen. Auch die ohnehin notwendigen Investitionen in die Netzinfrastruktur müssen heute klar an dem Ziel einer vollständig Erneuerbaren Stromversorgung ausgerichtet werden.

Den Grünen wird vorgeworfen, zu Regierungszeiten den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie den Netzausbau vernachlässigt zu haben. Trifft das zu?

Rebecca: Unter grüner Regierungsbeteiligung wurden doch überhaupt erst die Rahmenbedingungen geschaffen, die den Erneuerbaren zu so einem beeindruckenden Wachstum in Deutschland verholfen haben. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Atomausstieg waren wichtige Schritte für den er-

folgreichen Ausbau Erneuerbarer Energien. Die Regierung schreibt sich zwar heute die 340.000 Arbeitsplätze auf die Fahnen, die in diesem Bereich geschaffen wurden, dreht aber gleichzeitig mit ihren energiepolitischen Entscheidungen das Rad zurück.

Ein großes Hindernis für den Netzausbau ist, dass Stromproduktion und Netzinfrastruktur in einer Hand sind. Die großen Energieerzeuger haben nicht notwendigerweise ein Interesse daran transnationale Netze auszubauen oder Windenergie zu integrieren. Die Grünen setzen sich seit langem für eine vollständige Entflechtung von Produktion und Netzen ein, konnten sich bislang aber gegen die Energielobby in diesem Punkt nicht durchsetzen.

Der Netzausbau ist unumgänglich. Doch schon im Vorfeld kündigen die BürgerInnen vor Ort Proteste gegen Hochspannungsleitungen an, die die Landschaft zerschneiden würden ...

Rebecca: Ein blindes Durchdrücken von Netzprojekten mit verkürzten Genehmigungsverfahren, wie es Kommissar Oettinger scheinbar vorschwebt, wird der Akzeptanz sicherlich nicht zuträglich sein. Stattdessen muss man transparent vorgehen und die Anlieger früh in den Prozess einbeziehen. Erdkabel oder Infrastrukturbündelung zum Beispiel entlang von Autobahnen schonen

Anwohner und Landschaftsbild. Ich bin mir außerdem sicher, dass eine konsequente und glaubwürdige Politik für die Energiewende ebenfalls die Akzeptanz für Netzprojekte erhöhen wird.

Ist CCS (unterirdische Lagerung von CO₂) ein notwendiges Übel?

Rebecca: Im Moment ist CCS vor allem ein Vorwand, an einer Zukunft für die Kohleverstromung festzuhalten. Langfristig darf die Kohle in unserem Energiemix aber keine Rolle mehr spielen. Außerdem ist bis heute noch immer vollkommen unklar, ob oder wann diese Technologie zur Verfügung stehen wird und ob oder wo und wie eine sichere Lagerung von CO₂ gewährleistet werden kann.

Vertragen sich Windparks in der Nordsee mit dem Ökosystem Wattenmeer und seinen Bewohnern?

Rebecca: Für Windparks gilt, was wir für andere Großprojekte ebenfalls fordern. Es muss sichergestellt werden, dass die Anlagen nicht in besonders sensiblen Gebieten errichtet werden. Sowohl beim Bau als auch im Betrieb sollen die Anlagen einen möglichst geringen Einfluss auf das Ökosystem der Küstenregionen haben. Wichtig bleibt aber in der Abwägung die Klimafreundlichkeit der Windenergie.



Gorleben: Regierungsparteien in der Sackgasse



Die Grüne Landtagsfraktion während der Castor-Proteste im Wendland wieder vor Ort mit dabei.

Unter dem Eindruck der mächtigen Gorleben-Proteste gegen den Castortransport ins Wendland rief der niedersächsische CDU-Innenminister Schünemann nach ei-



ner neuen Standortsuche: „Man muss sofort damit beginnen“, erklärte er am 06.11. in der Zeitung „Die Welt“. Auch der Greenpeace-Vorschlag, die Castorbehälter aus La Hague und Sellafield an die jeweiligen Absender zurückzuschicken, bis ein Endlager zur Verfügung steht, fand Unterstützung im Regierungslager.

Wir haben die Herren beim Wort genommen und ihre Aussagen im Landtag zur Abstimmung gestellt. Aber den Vertretern der Landesregierung ging es wohl nur um propagandistische Botschaften, nicht um neue Wege. Die Regierung ruderte sehr schnell zurück und präsentierte wieder ihre Formel von der angeblich „ergebnisoffenen Erkundung“. Zugleich wurde jede nur denkbare Form der gesetzlichen Bürgerbeteiligung versperrt. Freiwillige Öffentlichkeitsarbeit ist aber kein Ersatz für verbriefte Beteiligungsrechte. In internen Expertisen geht die Landesregierung sogar davon aus, dass man damit die Klagerechte der Bürgerinnen und Bürger schwächen kann. Das Gerede von der „gläsernen Erkundung“ erweist sich als dreiste Lüge.

Die Asse war Prototyp, Versuchs- und Forschungsbergwerk für Gorleben. In Gor-

leben ist es im Verlauf der letzten 33 Jahre zu politischer Willkür, zu schweren Verfahrensmängeln und zur Vertuschung von negativen geologischen Ergebnissen bei Erkundung, Laugenzuflüssen, Gas- und Ölderivaten gekommen. Aus der Asse zu lernen heißt deshalb, den Standort Gorleben endgültig aufzugeben. Auch eine neue Diskussion über Rückholbarkeit und Revidierbarkeit aller Lageroptionen ist dringend erforderlich.

Bundes- und Landesregierung haben mit ihrer Entscheidung für längere AKW-Laufzeiten und Weiterbau in Gorleben eine tiefe gesellschaftliche Spaltung verursacht. Selten hat sich eine solch breite gesellschaftliche Front gegen eine falsche politische Entscheidung gestemmt.

Deshalb werden auch die Regierungsparteien lernen, dass man ohne einen breiten gesellschaftlichen Konsens keine Lösung für die Endlagerung findet. Ein Neubeginn bei der Endlagersuche darf kein Bundesland aussparen, aber ein rationaler Prozess über Parteigrenzen und Legislaturperioden hinweg ist nur möglich, wenn die Gesamtmenge des anfallenden Atom Mülls jetzt nicht erhöht wird.

Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender

Grüne Fraktion im Web 2.0

Auf unserer neuen Facebook-Seite erhaltet Ihr einen guten Überblick über unsere Web 2.0-Aktivitäten, denn auch

Youtube-Videos, Flickr-Fotoalben, Twitter-Feeds unserer MdL und der Blog unserer FSJ-lerin Wiebke Nordenberg sind dort eingebunden. Lebendig wird unsere Pinnwand (Facebook-Startseite) aber nur mit Euren Beiträgen. Lob, Kritik und eigene Beiträge sind dort willkommen. Also: „Gefällt mir“ klicken und gleich ein paar Freunde einladen:

www.facebook.com/grueneltdnds und
<http://freiwilliggruen.blogspot.eu/>

Helmut Freitag, Internetredaktion



IMPRESSUM

„Das steht zur Debatte“
herausgegeben von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Landtag Niedersachsen – Redaktion
V.i.S.d.P.: Jonny Peter (jp)

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 / 30 30-42 07
gruene@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

Dezember 2010





Althusmanns „Oberschule“: Bremsklotz für Integrierte Gesamtschulen



Mit seinem neuen Schulkonzept aus Oberschule und Gymnasium will Kultusminister Althusmann angeblich die schulpolitischen Weichen richtig stellen. Das Gegenteil ist der Fall: Mit der Oberschule stellt Schwarz/Gelb einen Bremsklotz gegen die Errichtung der von vielen Eltern gewünschten Integrierten Gesamtschule auf schulpolitische Gleis. Die Oberschule ist ein Etikettenschwindel, mit dem das Gymnasium vor der Konkurrenz der Gesamtschulen geschützt werden soll. Abgesehen davon, dass die Öffentlichkeit getäuscht wird, denn in Niedersachsen stand der Name Oberschule bislang für Gymnasien, weiß keiner so richtig, was denn nun die Oberschule eigentlich sein soll: eine Haupt- und Realschule oder eine KGS? Mit dem verlockenden Angebot eines kaum überall realisierbaren Gymnasialzuges, mit Sozialpädagogen, Ganztagsmitteln und kleineren Klassen sollen die Kommunen verleitet werden, diese Schule zu beantragen, auch wenn sie lieber eine IGS wollten. Die aber bekommen sie nicht so einfach und auch nicht mit dieser Ausstattung. Eine neue IGS muss weiter die Fünfzügigkeit nachweisen, nur in Ausnahmefällen reicht Vierzügigkeit. Sie darf nur ergänzende Schulform sein, während die Oberschule schon zwei- und dreizügig eingerichtet werden kann und ersetzende Schulform wird.

Das heißt: Für die Errichtung einer Oberschule dürfen Haupt- und Realschulen geschlossen werden. So wollen CDU und FDP die Nachfrage nach Integrierten Gesamtschulen ausbremsen, damit sie vor der nächsten Landtagswahl das Thema vom Tisch haben. Aber ein tragfähiger Schulkonsens über 2013 hinaus wird damit nicht erreicht. Wir fordern:

*Althusmanns Schulmodell muss nachgebessert werden!
Gleiche Bedingungen für die Errichtung Integrierter Gesamtschulen wie für die Oberschulen!
Pädagogische Freiheiten für die Oberschulen, damit sie integrativ arbeiten können!
Korrektur des Turbo-Abis an IGS und Oberschulen!
Die Gymnasien nicht von Reformen ausschließen!*

Wenn fast 40% der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium nicht das Abitur erreichen, dann sind auch hier Reformen nötig.

Wir Grünen wollen uns einem Konsens nicht verweigern, aber der Schulkonsens ist kein Selbstzweck! Er muss dem demografischen Wandel mit klugen Konzepten begegnen, bessere Schulqualität mit mehr qualifizierten Abschlüssen gewährleisten, Planungssicherheit für die Schulträger schaffen, zu einem gerechteren Bildungssystem führen und vor allem den Elternwillen wirklich ernst nehmen.

Die Gymnasien nicht von Reformen ausschließen!

Wenn fast 40% der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium nicht das Abitur erreichen, dann sind auch hier Reformen nötig.

Wir Grünen wollen uns einem Konsens nicht verweigern, aber der Schulkonsens ist kein Selbstzweck! Er muss dem demografischen Wandel mit klugen Konzepten begegnen, bessere Schulqualität mit mehr qualifizierten Abschlüssen gewährleisten, Planungssicherheit für die Schulträger schaffen, zu einem gerechteren Bildungssystem führen und vor allem den Elternwillen wirklich ernst nehmen.

Ina Korter, schulpolitische Sprecherin

Erfolgreicher Bürger-Widerstand für die Agrarwende

DEMO SA. 22.1.2011

UM 17 UHR: WERDEN HOFF- ANSCHLÜSS: BRANDSCHUTZ FÜR
WIR HABEN
TIERFABRIKEN SATT!
WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE



Die Proteste haben sich gelohnt. Ein Quasi-Baustopp für industrielle Tierfabriken aufgrund des fehlenden Brand- und Keimschutzes ist nach dem Vorbild des Emslandes landesweit möglich und dem Riesenschlachthof im Kreis Celle gehen dank des breiten Widerstandes die Mäster aus. Dies ergaben Anfragen der grünen Fraktion. Gerade im Kommunalwahljahr sollten wir nun vor Ort versuchen, strenge Brandschutz-, Umwelt- und Gesundheits-

schutzauflagen gegen die emissionsreichen Qualfabriken durchzusetzen. Auf meiner Homepage findet ihr dazu Vorschläge: www.christian-meyer-gruene.de

Auch von der Landesregierung werden erstmals gravierende Mängel in der Massentierhaltung wie Antibiotikaeinsatz und grausames Schnabelkürzen zugegeben. Doch den Worten folgen bislang keine Taten. Am 22.1.2011 demonstriert daher ein breites Bündnis bei der Grünen

Woche für eine neue Agrarpolitik. Sei dabei!

<http://www.wir-haben-es-satt.de/>

Christian Meyer, agrarpolitischer Sprecher

Halbzeitbilanz Innen und Recht

Der innenpolitische Sprecher Ralf Brieße und der rechtspolitische Sprecher Helge Limburg haben zur Halbzeit der Legislaturperiode eine Bilanz der Politik der Landesregierung gezogen. Die 32-seitige Broschüre gibt es im Internet auf unserer Seite unter Service und dann Publikationen oder kann bei uns als gedrucktes Exemplar bestellt werden.

BÜRGERRECHTE
STATT
ÜBERWACHUNGSSTAAT
DIE GRÜNE HALBZEITBILANZ
DER INNEN- UND RECHTSPOLITIK
IN NIEDERSACHSEN
16. WAHLPERIODE 2008 - 2010



DIE KOMMUNE WIRD WEIBLICH

POWERWORKSHOP FÜR FRAUEN IN DER „POLITIK VOR ORT“

Nienburg 29.01.2011 , Osnabrück 12.02.2011, Lüneburg 19.02.2011;

Oldenburg 26.02.2011, Göttingen/Northeim 12.03.2011

Workshop für interessierte Frauen als Grundlage für einen aktiven Einstieg in die Kommunalpolitik.

Weitere Informationen unter: www.slu-boell.de



STIFTUNG LEBEN & UMWELT

HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

greencampus

weiterbildung | politik | management



Alles fit?

Dein Trainingsplan für die Politik unter:
www.greencampus.de

Die **LANDESGESCHÄFTSSTELLE** sucht zur Unterstützung im Kommunalwahlkampf 2011 eine/einen

PRAKTIKANT/IN IM BEREICH ÖFFENTLICHKEITSARBEIT.

SCHWERPUNKTE DER ARBEIT SIND:
Betreuung und Unterstützung der DirektkandidatInnen, Onlinewahlkampf im Web 2.0, Erstellung von Informationsmaterial, Veranstaltungsplanung und -durchführung.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.gruene-niedersachsen.de. Bewerbungen an:
[Katja Sauer, presse@gruene-niedersachsen.de](mailto:Katja.Sauer@gruene-niedersachsen.de).

IMPRESSUM

Grüne Zeiten Zeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen **Erscheinungsweise** 3 x jährlich als Landesbeilage des SCHRÄGSTRICH **Herausgabe und Verlag** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 4, 30159 Hannover, Tel 0511/12 60 85 - 0, Fax 0511/12 60 85 - 85, gz@gruene-niedersachsen.de **Redaktion** Katja Sauer (V.i.S.d.P.) Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Fotos** Archiv/privat; Tobias Leverenz, Jörg Rutzen, flickr.com: punctum rubrum, Grünes von Kaiopai, grüne in bewegung, fotoscas-tor2010; GJN, Grüne Landtagsfraktion, B90/Grüne BV **Satz und Layout** p:zwe, Pia Danner und dacorpo design, Sabine Panse **Druck und Vertrieb** in Kooperation mit SCHRÄGSTRICH und Oktoberdruck, Berlin **Auflage** 5.100